

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Nellele Sellung des Bezirks

Bezugspreis: Diese Woche 850 Milliarden mit
zutragen, einzelne Nummern 150 Milliarden.
Gemeinde - Verbands - Girokonto Nummer 3.
Postcheckkonto Dresden 12548.

Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 3.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Viertelzelle 20 Goldpfennige, Eingeschrankt und
Reklamen 50 Goldpfennige.

Berantwortlicher Redakteur: Georg Gehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 278

Freitag den 30. November 1923

89. Jahrgang

Herliches und Sachsisches.

Dippoldiswalde. Seinem 2. Romantiker-Abend, der diesmal im Vortragssaal der Müllerschule abgehalten wurde, gab Schulrat Sturm das Thema: Das romantische Berlin und das romantische Frauenideal. Er stellte in den Mittelpunkt des 1. Teiles Friedrich Schlegel, als hofkritischer Schiller, als Freund Schleiermachers, als Fragmentist und als Herausgeber des "Atheneum", letzteres in Verbindung mit seinem Bruder Wilhelm (der sich auch mit Schiller entzweit) und Hardenberg-Napalis. Im zweiten Teile zeichnete er das romantische Frauenideal gegenüber dem Nationalismus, leichten Endes als einen Kampf der Romantiker gegen die konventionelle Ehe, zeichnete Schillers Frauenideal als hauswirtschaftlich-mütterliche Frauengestalt gegenüber denen der Romantiker, die wie in Karoline und Dorothea Schlegel außer dem hauswirtschaftlichen Wesen noch die Mütterlichkeit im geistigen Kampfe des Mannes sehen, die, wie auch eine Henriette Herz und Engelhorn sagen, bei körperlicher Unmut und Tiefe des Herzens auch geistige Weggenossinnen des Mannes sind, menschliche Wesen, die Anspruch haben, über die natürlichen Kräfte der Menschlichkeit emporgeduldeten. Solche Frauengestalten würden auch unserer Zeit von Segen sein können.

Dippoldiswalde. Drei Angehörige des Sportvereins Rabenau hatten sich nach einem Aufenthalt am 1. September-Sonntag in Dippoldiswalde vor Absahrt ihres Zuges auf dem Bahnhof recht ungewöhnlich benommen, und, zur Rede gestellt, dem Fahrtmeister und anderen Beamten gegenüber sich der Beamtenbeleidigung schuldig gemacht. Sie standen am Donnerstag vor dem Schössengericht. Es wurden der Kaufmann Herbert Grosche aus Dresden wegen Beamtenbeleidigung und groben Unfugs zu drei Tagen Gefängnis und 10 Milliarden Geldstrafe, der Kaufmann Hans Bischoff aus Rabenau wegen Widerstandes, öffentlicher Beleidigung und groben Unfugs zu drei Tagen Gefängnis und einer Million Mark Geldstrafe verurteilt; der dritte, Albert Lorenz aus Rabenau, wurde freigesprochen. — Am gleichen Tage wurde auch wegen der bei Dekomaterial Welde-Oberhäslich gestohlenen Kuh verhandelt. Als des Diebstahls angeklagt standen die Arbeiter Kurt May Fischer und Georg Schmidt, als Hohler der Handelslehrer Arthur Riehle, sämtlich aus Lungenthal, vor den Schranken. Die ersten beiden wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Fischer, der obendrein noch eines Alibiabreiter-Diebstahls überführt wurde, wurde zu insgesamt 9 Monaten, Schmidt zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Beiden werden 3 Wochen als durch Unterordnungshaft verbüßt angerechnet. Riehle erhielt 5 Monate Gefängnis.

Nach den Erfahrungsgrundröhren des sächsischen paritätischen Milchpreisausschusses gibt die Landespreisprüfungsstelle folgende Aenderung der Milchpreise ab 30. 11. 23, bekannt: 1 Liter Vollmilch, gekühlt, ab Stall 17 Pf. Angemessener Verlustrichtungspreis des Erzeugers 19 Pf. in ländlichen, 21 Pf. in industriellen Gebieten.

Als Geschworener für die letzte diesjährige Schwurgerichtstagung beim Landgericht Dresden wurde aus dem Amtsgerichtsbezirk Lausitz Landwirt Armin Böttrich, Hirschsprung bei Altenberg ausgelost. Die Verhandlungen beginnen am 6. Dezbr. und dauern bis mit 19. gleichen Monats. Als Delikte kommen durchweg Aufzehr, Landfriedensbruch und Raub in Frage. Die Verhandlungen richten sich gegen eine ganze Anzahl von Demonstranten, die sich im Laufe des Jahres an den verschiedenen Ausschreitungen beteiligt haben. Im Mittelpunkt der Tagung steht der Prozeß gegen den zuletzt in Weinböhla wohnhaft gewesenen Lagerkrieger Stanislaus Onica, der sich wegen Mordes zu verantworten hat.

Nach einer Bekanntmachung des städtischen Wohlfahrtsamtes wird in nächster Woche im Gebäude der Kinderbewahranstalt eine Volksschule eingerichtet werden, die jeweils Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 12 Uhr ab Speisen an Sozial- und Kleinbetrieb sowie Almosenempfänger abgibt. Ausweise dazu sind ab Montag im Rathaus zu entnehmen. Der Preis für eine Portion beträgt in nächster Woche 100 Milliarden Mark. Mit dieser Einrichtung wird ein sicher segensreiches Werk geschaffen. Möchte ihm aus Kreisen der Begüterten nachhaltige Unterstützung zu teilen werden, damit es selbst wieder recht vielen Notleidenden Unterstüzung fällt.

Die Radzionekstelle in der Staatskanzlei schreibt: Dem Wirtschaftsministerium gehen seit einigen Tagen aus Verbraucherkreisen Klagen darüber zu, daß Geschäftsfleute beim Verkauf von Waren die Annahme von Papiergeleid verweigern und wertbeständige Zahlungsmittel fordern. Da der größte Teil der Bevölkerung heute jedoch noch mit Papiergeleid entlohnt wird, und über andere Zahlungsmittel deshalb nicht verfügt, ist ein solches Vorgehen der Geschäftsfleute geeignet, die große Masse der Bevölkerung in ihrer Existenz auf das schwere zu gefährden, in dieser bitteren Zeit der Zeit die Erregung mehr zu steigern und Gefahren für die öffentliche Ruhe und Ordnung heraufzubringen. Papiergeleid ist heute noch geistliches Zahlungsmittel und muß deshalb im Warenverkehr aufgenommen werden. Außerdem machen sich in letzter Zeit seit Berechnung des Goldmark wieder die schlimmsten Anzeichen eines gemeinen Preiswackers bemerkbar. Das Wirtschaftsministerium hat deshalb die Landespreisprüfungsstelle und die Preisprüfungsstellen im Lande angewiesen, die Preisgestaltung auf das strengste zu verfolgen und Bucherer oder Preistreiber unanständisch der Strafverfolgung auszuführen. Geschäftsfleute, die sich in der vorgenannten Art gegen die öffentlichen Interessen vergehen, haben zu gewartigen, daß ihnen die Erlaubnis zum Warenhandel wegen Unzuverlässigkeit entzogen wird.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat am Mittwoch der Verband der Aerzte beschlossen, in den Stein zu treten. Den Krankenhäusern soll in Ausführung dieses Beschlusses für ihre Versicherer zum 1. Dezember gekündigt werden. Der Streitpunkt ist die am 30. Oktober erlassene Verordnung über die Krankenkasse. Nach § 1 dieser Verordnung können Aerzte stilllos entlassen werden, wenn sie gegen die Verwaltungsvorschriften verstößen. Zum Beispiel wenn sie Kranken über die Zeit hinaus behandeln usw. Mit Recht betrachten die Aerzte diese Bestimmung als Eingriff in die Aerztfreiheit und Behinderung ihrer Tätigkeit. Das

Reichsarbeitsministerium ist der Auffassung, daß die Verordnung vorläufig keine Gültigkeit hat, da jede Aindigung von dem Überwachungsausschuß, der sich aus Vertretern der Aerzte und Kassen und einem unparteiischen Obmann zusammensezt und bei jedem Versicherungsamt gebildet wird, geprüft werden muß. Diese Verwaltungsausschüsse sind aber bis jetzt noch nicht gebildet. Der Reichsarbeitsminister versucht, noch einmal zu vermitteln und hat für heute Donnerstag den Reichsausschuß, in dem Aerzte und Krankenhäuser vertreten sind, zusammenberufen.

Frauenstein. Am 3. Dezember werden auf der Linie Klingenberg-Colmnitz-Frauenstein die Abendzüge zeitiger gelegt; sie haben künftig Anschluß an die Linie ab Dresden Hof. 6.55 und an Dresden Hof. 7.10 abends. Die Fahrzeiten der übrigen Linie dieser Linie werden verlängert; sie fahren daher in Frauenstein zeitiger ab oder treffen später ein. Der Verlängerung ab Dresden Hof. 9.20 abends, der bisher der Anschluß nach der Frauensteiner Linie vermittelte, verkehrt dann nur noch bis Tharandt.

Dresden, 29. November. Nach Eröffnung der 3. Sitzung der Synode am Vormittag und nach dem vom Vizepräsidenten Dr. Köhl gesprochenen Eingangsrede erhielt Syn. Dr. Hedrich (Dresden) das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Syn. Dr. Müller (Hainsberg) habe am Tage vorher in seiner Rede gedurkt, auf der Synode zu einem Makel, indem aus dem in der kirchlichen Presse veröffentlichten Schreiben des Ministeriums für Volksbildung an das Landeskonsistorium hervorgeht, daß ein einflussreicher Synode in diesem Ministerium vorstellig geworden sei, doch Präsident Dr. Böhme pensioniert und durch eine jüngere Kraft ersetzt werde. Er, Redner, habe weder von der Eingabe der positiven volkskirchlichen Vereinigung an die Synode in dieser Angelegenheit, noch von dem Schreiben des Ministers für Volksbildung noch davon Kenntnis gehabt, daß der Gegenstand in der Presse behandelt worden sei. Bei einem zufälligen Gespräch auf der Straße zwischen ihm und einem Amtsvorstande des Ministeriums für Volksbildung sei die Frage zur Sprache gekommen, ob das damals erschienene Dienstaltersgrenzgesetz auch auf den Präsidenten des Landeskonsistoriums angewendet sei. Gegenüber der von diesem Vertreter des Ministeriums gehörten Anschluß, daß diese Anwendung nicht in Betracht komme, da die Staatsregierung sich jedes Angriffs in die Kirche enthalte, habe er seine Meinung dahingehend geltend gemacht, daß dieses Gesetz dennoch auch hier anzuwenden sei, da die Beamten des Landeskonsistoriums an den Rechten und Pflichten der Staatsbeamten teilnehmen. Das sei heute noch seine Meinung. Ob er sich darüber ausgesprochen habe, daß der Präsident durch eine jüngere Kraft ersetzt werden müsse, sei ihm nicht mehr genau erinnerlich. Die Angelegenheit sei in dem Schreiben des Ministeriums für Volksbildung zum Teil nicht ganz richtig dargestellt. Jedenfalls habe es ihm jenseitig seinen Einfluß auf Beisetzung des Konstistorialpräsidenten geltend zu machen. Nach einem Referat über Wahlprüfungen brachte Syn. Dr. Rendtorff-Lipzig im Namen des Präsidenten der Verfassungsausschusses eine Kundgebung in den Präsidenten- und Vizepräsidentenfrage ein. In der Begründung dazu gab der Redner eine ausführliche Darstellung des ganzen Vergangen, in welchen die sächsische Staatsregierung bekanntlich sowohl gegangen ist, daß sie den beiden Herren Konstistorialpräsident Dr. Böhme und Landeskonsistorialpräsident Dr. Ihmels mit dem Staatsanwalt und mit Gejüngnis drohte. Nach längerer Aussprache wurde folgende Kundgebung angenommen: Die Synode hat aus dem vom Kirchenregiment ihr erstatteten Berichte näheres über die Maßnahmen erfahren, durch die die Staatsregierung die Landeskirche ihrer Führer unterwarf verbraucht hat. Die Landeskirche erblickt in dieser Tat eine schwere und ungerechte Schädigung der Landeskirche. Sie sieht in dem Eingriffe der Staatsregierung, der durch die Art und Weise seiner Durchführung den Charakter eines einseitigen Gewaltaktes gegenüber der Kirche erhalten hat, eine verhängnisvolle Beeinträchtigung des der Kirche grundfäßlich zufallenden Selbstverwaltungsrechtes. Die Synode billigt, daß das Kirchenregiment entschieden Einspruch erhoben und die Entscheidung der Reichsregierung angerufen hat, und erhofft von dem bevorstehenden Urteilsspruch des Reichsgerichtes einen raschen Entschluß, der die Kirche von einer ihr äußeren und inneren Leben schwer belastenden Unfreiheit befreit. — Auf Grund eines Antrages des Syn. Jenisch (Chemnitz) beschloß hierauf die Synode, eine vom Direktorium zu ernennende Abordnung zu Herrn Konstistorialpräsident Dr. Böhme zu entsenden und ihm die Stellungnahme der Synode zu den wichtigen Fragen mitzuteilen, sowie zu Herrn Landeskonsistorialpräsident Dr. Ihmels, um ihm den Dank der Synode für die Predigt zur Eröffnung der Synode mitzuteilen. — Hierauf schritt die Synode zur Beratung der Richtlinien des Finanzausschusses A. betr. die Kirchensteuer und die kirchlichen Gebühren. Diese Richtlinien lauten: 1. Für das lehrende Vierteljahr des Rechnungsjahrs 1923/24 ist sofort eine weitere Vorauszahlung der Kirchensteuer und zwar in Goldmark vorzubereiten, und dem Kirchenregiment die Ermächtigung zu erteilen, diese Steuer im Verordnungswege zur Erhebung vorzustellen noch im Januar 1924 auszuschreiben. 2. Die Steuer beträgt für das Vierteljahr gleichmäßig für alle Kirchengemeinden bis zu 1% Prozent desjenigen Betrages, den jeder Steuerpflichtige als Kirchensteuer 1922 (Landeskirchensteuer und Kirchgemeindesteuer ohne Nachtragssteuer) bezahlt hat, wovon zwei Fünftel als Landeskirchensteuer zu gelten haben. Vom 1. April 1924 ab jedoch hat in allen Kirchengemeinden die Steuererhebung wieder nach dem Bedarf der einzelnen Kirchengemeinde zu erfolgen. Die Grundstücks hierfür festzusetzen bleibt vorbehalten. Die hierauf eingehenden Verträge sind, soweit sie nicht sofort benötigt werden, wertbeständig anzulegen. 3. Allen Gemeinden ist die Erhebung angemessener Gebühren auf wertbeständiger Grundlage zur Pflicht zu machen. Die Richtlinien fanden Annahme. Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung der Vorlage des Kirchenregiments über den Entwurf eines Kirchengeleisets, betr. dem Wirtschaftsbeirat beim Evang.-Luth. Landeskonsistorium. Zu dieser Vorlage war ein Antrag des Verfassungsausschusses eingegangen, der mehrfache Änderungen dieser Vorlage wünschte, dem Grundgedanken derselben jedoch beizutreten. Nach einer längeren Aussprache erklärte der Vertreter des Kirchenregiments, daß dieses mit den Abänderungen einverstanden sei. Hierauf wurde die Vorlage in der abgeänderten Form einstimmig in erster Lesung angenommen. Nach einer kurzen Pause wurde eine neue Sitzung eröffnet, in welcher der Entwurf zum Kirchengeleisetz betr. den Wirtschaftsbeirat in zweiter Lesung einstimmig an-

genommen wurde. Ferner fand folgende vom Syn. Dr. Hering eingeholtene Kundgebung der Synode zugunsten der Christlichen Elternvereine einstimmig Annahme: Die 12. ordentliche Evangelisch-lutherische Landeskonsisto begrüßt das Anwachsen der christlichen Elternbewegung mit großer Begeisterung. Sie richtet an alle Kreise der Landeskirche die Aufforderung, diese Bewegung zu fördern und der christlichen Elternschaft befürwortig zu sein, sich auch an denjenigen Schulen, wo das bisher noch nicht geschehen konnte, zu Vereinen christlicher Eltern zusammenzuschließen. — Hierauf erklärte Geh. Konsistorialrat Seyler im Namen des Kirchenregiments die Synode für verlängert.

Der sächsische Arbeitsmarkt zeigte in der Woche vom 17. bis 24. November kein einheitliches Bild. Während einzelne Berufsgruppen eine, wenn auch nur geringe Verbesserung aufweisen konnten, waren bei anderen Berufsgruppen noch immer Verluste eintrat und Stilllegungen zu verzeichnen. Im allgemeinen war jedoch festzustellen, daß der Gang von Arbeitssuchenden im Verhältnis zu den Vorwochen bedeutend nachgelassen hat. Dabei ist jedoch festzustellen, daß der Gang von Arbeitssuchenden bis zum 15. November 1923 bei 70 von den bestehenden 105 öffentlichen Arbeitsnachweisen Sachsen auf nahezu 250 000 und die Zahl der Kurzarbeiter auf annähernd 500 000 gestiegen ist. Am deutlichsten zeigt sich aber die trostlose Lage auf dem Arbeitsmarkt bei einem Vergleich mit der Zahl der Arbeitsuchenden in gleicher Lage des Vorjahrs, an welchem 26 853 öffentliche Arbeitsnachweise Sachsen vor nur insgesamt 26 853 Arbeitsuchenden zu berichten hatten.

Über die Baufähigkeit im 3. Vierteljahr schreibt das Sächsische Statistische Landesamt: Die Baufähigkeit steht nach wie vor im Zischen des wirtschaftlichen Liebdrucks. Der Kleinbau und der gemeinnützige Bau herrschen vor. Im Freistaat Sachsen wurden im 3. Vierteljahr 429 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Regierungsbezirken Bautzen 86, Chemnitz 124, Dresden 105, Leipzig 64 und Zwickau 70. Diese 429 Neubauten, von denen 400 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 1093 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 387 Baugenehmigungen für Um-, An- und Aufbauten mit insgesamt 514 Wohnungen erteilt, von denen 28 Not- und Behelfsbauten mit 30 Wohnungen sein werden. Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 231 Neubauten mit 693 Wohnungen. Unter den Bauten befinden sich 73 mit einem und 124 mit Wohngeschossen und unter den Wohnungen 21 mit zwei, 152 mit drei, 307 mit vier und 140 mit fünf Wohnräumen. 214 Neubauten waren Wohnhäuser, von denen 113 nur eine Wohnung, 29 zwei Wohnungen enthielten, also Ein- bzw. Zweifamilienhäuser waren. Weiterhin befanden sich unter den abgenommenen Neubauten 123 gemeinschaftlicher Art. Durch Umbauten wurden 513 Wohnungen gewonnen, darunter 47 durch Not- und Behelfsbauten. In Gebäudeabgängen waren im vergangenen Vierteljahr fünf Häuser mit sechs Wohnungen zu verzeichnen, so daß die Berichtszeit insgesamt einen Zuwachs von 1200 Wohnungen (Vorvierteljahr 1924) erbrachte.

Das Wehrkreiskommando IV hat mehrere ältere Unteroffiziere und auch einige Offiziere, die sich schwere Angriffe gegen die sächsische Bevölkerung zuschulden kommen ließen, aus dem Heere entfernt.

Hierzu schreibt der "Dresdner Anzeiger": Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Weder ein Offizier noch ein Unteroffizier ist bisher entlassen worden. Es ist lediglich eine Untersuchung der einzelnen Beschwerden über angebliche Übergriffe der Reichswehr angeordnet worden. Schon jetzt hat sich in den meisten Fällen die völlige Hallösigkeit der Anschuldigungen ergeben.

Wertbeständige fünfprozentige Roggenrentencheine der Landeskulturrentenbank werden am 3. Dezember 1923 an der Dresdner Börse eingeführt und an diesem Tage zum ersten Male amtlich notiert werden. Sie sind an land-, forst- und teichwirtschaftlichen Grundstücken, und zwar regelmäßig an erster Rangstelle, doppelt übergetestet; außerdem haften für Kapital und Zinsen die Landeskulturrentenbank und der sächsische Staatsfiskus. Die Stücke laufen auf den Wert von 20, 10, 5, 1 und 1/2 Zentner Roggen. Die Rückzahlung des Kapitals und die Verzinsung erfolgt unter Zugrundelegung des Roggenpreises der Dresdner Produktionsstätte.

Der Allgemeine Dresdner Einzelhandelsverband hat seine Zulage in die Tat umgesetzt, indem er eine Feldküche ausgerüstet hat, die heute mittag in der Zeit von 1-2 Uhr am Freiberger Platz aufzufinden wird. Von diesem Tage an wird auf der Feldküche täglich einiger Hundert Bedürftigen auch an dieser Stelle eine warme Mahlzeit durch die Heilsarmee unentgeltlich verabreicht. Die Ausgabe geschieht gegen Speisemarke, die vom Einzelhandelsverband und von der Heilsarmee bereit ausgegeben werden sind.

Döbeln. Die Papierfabrik Limmritz-Steina ist jetzt mit dem Einflampen von Geldscheinen unter 1 Milliarde, die waggonweise vertrieben werden, beschäftigt. Aus dieser Masse wird feines Schreibpapier angefertigt.

Mügeln bei Döbeln. Um den in letzter Zeit hier vorgekommenen Diebereien und Einbrüchen Einhalt zu tun, ist hier ein freiwilliger Einwohnerdienst gebildet worden, der sich aus allen Kreisen, gleich welchen Standes und welcher Partei, zusammenfegt und nachts regelmäßig Patrouillenfahrten unternimmt. Das Wehrkreiskommando in Borna hat die Genehmigung zu diesem Nachschutz erteilt, zumal alle Politik ausgeschaltet ist.

Bornstädt. In der heischen Volksschule und Berufsschule gab es am Montag Källserien. Infolge fortgesetzter Verzögerungen bei Gehaltszahlung hatte der Schulhausmann angekündigt, seine Tätigkeit einzustellen. Am Montag früh waren daher die Klassenzimmer nicht bebaut und die Lehrer mußten die Schüler bei den empfindlichen Källsen abschulen.

Jillau. Ein dreißiger Viehblechstahl ist in Wittgendorf verstreut worden. In der Nacht wurde dem Oberschulthei Gustav Tröhlich eine mindestens 12 Zentner schwere Aufgestohlen. Es ist festgestellt worden, daß an dem Blechstahl mindestens drei Personen beteiligt waren. Die Spuren führen bis zu einer Wiege. Dort ist das Tier auf einen Wagen verladen worden. Der Befohlene hat auf die Ermittlung der Diebe eine Belohnung von 15 Zrt. Weizen ausgesetzt.

Krise in Permanenz.

Die Krise hat sich verstellt, dem deutschen Volk wird eine schier untragliche Geduldspause zugemutet, und die gleichfalls auf die Folter der Erwartung gespannten Rechtsboten, die seit einer vollen Woche fruchtbare Verhandlungen pflegen, sahen sich vergeblich nach Mitteln um, sie zu beschleunigen. Schon ist in den Wandelgängen des Reichstags von Auflösung die Rede. Das ist begreiflich: die demokratischen Fraktionen scheinen der Bildung einer bürgerlichen Regierung abgeneigt und werden dadurch zu unfreiwilligen Hilfsgruppen der Sozialdemokratie, verhindern also die Herstellung eines über eine sichere Mehrheit verfügenden Bürgerblocks. So aussichtslos sich die Sache zunächst anseht, so verfahren ist sie jetzt. Ein Kabinett würde Stegerwald, dem von allen bürgerlichen Parteien außer der demokratischen Vertrauen entgegengebracht wird, schon zusammenbekommen, aber dem Reichsinteresse entspricht es nicht, wenn der Kanzler jederzeit durch das mitsämtige Veto einer so kleinen Partei, wie es die demokratische ist, aus dem Sattel gehoben werden kann. Das Regieren, abhängig vom Wohlwollen eines Klüngels oder einiger ehrgeiziger Politiker, stellt eine fortwährende geheime Krise dar, und es ist an der Zeit, eine breite unverrückbare Basis für die Geschäftsführung zu schaffen. Da die Demokraten abseits stehen und die preußischen Regierungshälften nicht denen im Reich angelehnkt sind, entsteht im Block eine Lücke, die zu seinem Zerschlag führen kann. Die ganze Misere, unter der Deutschland seit Jahren leidet, röhrt von der Verküpfung des Parteiwesens her, und am besten befinden sich unter den verschiedenen Kanzlern die Sozialdemokraten, die ihre Wünsche so durchzusetzen wußten, daß schließlich die Allgemeinheit die Rechte bezahlen mußte.

Augenblicklich befinden wir uns in einem Zwischenstadium, das abzukürzen schwer fällt, weil sich die ungefundene Klärung in Preußen nicht so schnell schaffen läßt. Selbst wenn das Zentrum im Landtag die jetzige preußische Regierung beibehalten wollte, wäre damit direkt der Bürgerblock noch nicht gefährdet, weil die alte Koalition (Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten) nicht mehr aufstellen soll und die Frage, ob ein Regierungswchsel in Preußen vor sich gehen soll, nicht ohne weiteres als eine Einmischung in preußische Verhältnisse abgetan werden darf. Aber man kann es verstehen, wenn ein zum Reichskanzler auserwählter Politiker den Rücken frei haben will, nachdem ihm wie Stegerwald als Ministerpräsidenten lediglich der Homogenität von Reich und Preußen wegen der Stuhlvor die Tür gesetzt worden ist. Aus demselben Grunde könnte jetzt eigentlich eine rüdäufige Bewegung keinen Anlaß zu einer Beantwortung geben.

Angesichts dieser Lage ist es verständlich, wenn man in gewissen Kreisen von dem Eingreifen des Reichspräsidenten Ebert nach der Richtung sich Erfolg verspricht, daß er von seiner Befugnis, Beamte zu ernennen und zu entlassen, Gebrauch macht und unabhängige Politiker in das Kabinett beruft unter Ernennung eines ihm genehmten Reichskanzlers. Allerdings wäre dies Verfahren ein verkapptes Direktorium, um nicht zu sagen eine Diktatur.edenfalls aber eine Absage an den Parlamentarismus in seiner heutigen Form. Ein so zusammengesetztes Kabinett würde bei jeder wichtigen Entscheidung über eine Vorlage sich eine Mehrheit zusammenmüssen und müßte, falls es sie nicht erzielte, nach parlamentarischem Brauch wenigstens, abdanken. Theoretisch gesehen, wäre es möglich, daß der Reichspräsident die Abdankung nicht annimmt und im Wege der Verordnung zu erreichen versucht, was ihm mittels Gesetz nicht gelungen ist. Das Kabinett würde entweder durch eine Neuernennung oder durch eine konkludente Handlung auf seinem Platz gehalten. Einer solchen immerhin nur provisorischen Lösung der schwedenden Kabinettfrage steht indessen die politische Einstellung des Reichspräsidenten entgegen, der, selbst wenn er zu Ausnahmegesetzen griff, niemals der Sozialdemokratie ernstlich an den Wagen gefahren ist, und demnach ist zu erwarten, daß man auf der Rechten, um zum Schluss zu kommen, auf die Umstellung in den preußischen Ministerien verzichten wird, um die Kandidatur Stegerwalds durchzudrücken. Gehen dann die Demokraten nicht nach und wollen das Bürglein an der Waage sein, so bleibe immer noch, um Geschäftsführungen hintanzuhalten, die Überprüfung von Neuwahlen übrig. Jetzt aber muß gehandelt werden; die innerpolitischen Schwierigkeiten häufen sich, und ihre Beseitigung läßt sich nicht länger hinausschieben.

R. K.

Reichstagssitzung unter Stresemann?

Die Lage im Reich war am Donnerstag undurchsichtiger als je. Das Schwergewicht der Verhandlungen lag im Landtag, da definitiv die Entscheidung über das Reichskabinett von der preußischen Frage abhängig gemacht worden war. In dieser haben die Verhandlungen einen Verlauf genommen, der von einer Einigung eher weiter fortgeführt hat. Die Kandidatur Stegerwalds gilt in parlamentarischen Kreisen bereits als gescheitert; Stegerwald soll auf seinen Austritt verzichtet haben. Die Vermutungen darüber, was nun kommen sollte, gehen in erster Linie davon, daß entweder der Reichspräsident Dr. Marquardt oder der Reichskanzler Dr. Stresemann die Aufgabe der Bildung einer Regierung verhindern würden, die allerdings als erste und nächstliegende Aufgabe die Auflösung des Reichstages ins Auge zu setzen hätte, da mit dem Zustandekommen einer regulären parlamentarischen Koalition nach den bisherigen Erfahrungen kaum noch zu rechnen ist.

Über die Verhandlungen im Landtag verlautet im einzelnen: Im Landtag wurde die von der deutschnationalen Reichstagsfraktion angestrebte Aktion bestätigt der

Großen Koalition in Preußen trotz des Widerspruchs der Reichstagsfraktion der Demokraten fortgeführt. Der Vorstand der deutschnationalen Landtagsfraktion unterrichtete die Führer der Landtagsfraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten über die Wünsche der Deutschnationalen. Die demokratische Fraktion sah nach kurzer Beratung einen Beschluss, der es ablehnt, in Preußen eine Regierungskrise herbeizuführen. Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages trat am Vormittag zu einer Sitzung zusammen, um sich mit dem von den Deutschnationalen gestellten Antrag auf Auflösung der Großen Koalition in Preußen zu befassen. Folgender Beschluß wurde einstimmig gefasst:

"Nachdem alle anderen Versuche zur Bildung eines Reichskabinetts gescheitert sind, erkennt die preußische Landtagsfraktion den Versuch, ein Reichskabinett unter Hinziehung der Deutschnationalen Volkspartei zu bilden, als richtig an. Sie sieht aber einen sozialen Grund als nicht gegeben in der preußischen Regierung, deshalb sieht eine Änderung eintreten zu lassen. Die Entwicklung der Verhältnisse im Reich ist abzuwarten."

So viel verlautet, haben sich diesem Standpunkt auch die übrigen bürgerlichen Fraktionen in Preußen angeschlossen. Da die Demokraten nicht zu weiteren Verhandlungen bereit waren, sind die Befreiungen zwischen den Parteien im Reichstage abgebrochen worden. Die Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht im Anschluß daran einen Brief an den Reichspräsidenten, der wie folgt lautet:

"Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann hätte es der parlamentarische Brauch gefordert, daß eine der Oppositionsparteien mit der Regierung beauftragt werden wäre. Das ist nicht geschehen. Vielmehr haben Sie, Herr Reichspräsident, auf den verschiedenen Wegen Versuche zur Neubildung der Reichsregierung unternommen, die gescheitert sind. Anwohnen haben sich sowohl die außenpolitische Lage des Reiches wie auch die soziale und wirtschaftliche Not des deutschen Volkes so verschärft, daß eine weitere Hinauszögern der Kabinetsneubildung nicht verantwortet werden kann. Das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit erwartet Abwendung von der bisherigen Regierungsmethode und eine Neuorientierung nach rechts. Wenn der Reichstag in seiner überalterten Zusammensetzung nicht fähig ist, dieser Stimme des Volkes Ausdruck zu geben, so müssen Sie, Herr Reichspräsident, die Entscheidung des Volkes anrufen und der neu zu bildenden Regierung die Ermächtigung übergeben. Unter solchen Voraussetzungen stellen wir uns zur Regierungsbildung zur Verfügung."

Zwistigkeiten im Sonderbündler-Lager.

Die "Regierung" erklärt sich für unsfähig und aufgelöst.

Wie die "Düsseldorfer Nachrichten" erfahren, hat die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik in einem an den Oberkommissar Tirard gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der "Generalbevollmächtigte" teilte dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission mit, daß in den letzten Tagen drei Mitglieder des "Kabinetts" ausgeschieden seien, nachdem es sich vor etwa vierzehn Tagen in zwei Teile gespalten hatte, von dem jeder für sich Kabinetsbeschlüsse setzte. Aus der sogenannten, inzwischen durch das "Kabinett" aufgelösten "Obersten Heeresleitung" habe sich eine "Militärdiktatur" herausgebildet, bei der ein Sekretär Rosebaum die Hauptrolle spielt. Bezeichnend ist das offene Geständnis am Schlusse des Schreibens, für die Auflösung sei der Umstand maßbestimmend gewesen, "daß die bisherige vorläufige Regierung zum Teil aus unsfähigen und unehrlichen Menschen zusammengesetzt sei". — Wie die "Kölner Volkszeitung" von gut unterrichteter Seite erfährt, ist die Regierung Matthes gestürzt worden. An ihre Stelle hat sich ein Diktator namens Hector Era gesetzt. Matthes soll nach Düsseldorf geschickt sein.

Österreichs Spende für Deutschland.

Der Finanz- und Budgetausschuß verhandelte den Antrag Seitz-(Soz.) betreffend eine Spende von 10 Milliarden Kronen für die Notleidenden Deutschlands. Berichterstatter Dr. Dannenberg begründete diesen Antrag, indem er auf die zahlreichen privaten Hilfsaktionen für Deutschland hinweist, denen sich die Länder und Gemeinden angeschlossen hätten. Es gebe keinen einzigen Landtag in Österreich, der nicht schon einen Betrag für die Deutschlandhilfe gespendet hätte. Diesen Aktionen solle nun eine Aktion des Bundes im Rahmen seiner Möglichkeiten folgen. Es sei dies ein Akt nationaler Solidarität.

Nach langerer Debatte, in welcher von allen Rednern der Sympathie und Dankbarkeit für die deutschen Brüder ausdrücklich gegeben wurde, wurde folgender von dem Großdeutschen Abgeordneten Waber im Einvernehmen mit dem Abgeordneten Dr. Ohdenai gestellter Entwurf angenommen:

Die schwere und entsetzliche Not, die über Deutschland hereingebrochen ist, reicht der Bevölkerung Österreichs, die dankbar der ihr von Deutschland in ihrer Not geleisteten Hilfe gedankt, bis zu Herzen. Da aber der österreichische Staat infolge seiner politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage ist, von Kunden wegen der reichsdeutschen Bevölkerung wirksame Hilfe zu leisten, wird die Reichsregierung aufgefordert, die Hilfsorganisationen der Bevölkerung zu unterstützen, ihnen Erleichterungen zu gewähren und an die stets hilfsbereite Bevölkerung Österreichs unter Beratung auf den Beschluß

der Volksvertretung mit der Bitte herauftreten, bis dahin bestehende Hilfsbereitschaft weiter zu befähigen, die bereits eingesetzten Mittel zur Hilfeleistung fortzuführen und auszubauen und durch weitere diese Schritte folgende Unternehmungen zur Linderung der großen Not in Deutschland wirksam beizutragen.

Dieser Antrag wurde mit Ausnahme des Sozes: „Da aber der österreichische Staat infolge seiner politischen usw. bis wirksame Hilfe zu leisten“ einstimmig, dieser Soz. gegen mit Mehrheit angenommen.

Belgien für Abbau der militärischen Ruhrbesetzung.

Der Brüsseler Korrespondent des "Echo de Paris" schreibt über die Stellung der belgischen Regierung zur Reparationsfrage, es sei kein Zweifel möglich, daß man in Brüssel auf dem Standpunkt stehe, daß der passive Widerstand zu Ende sei, und daß man sich wieder in der selben Lage befindet, wie sie sich am 11. Januar bot. Daher sei man der Ansicht, daß es Zeit sei, die Maßnahmen durchzuführen, die schrittweise die Basis der Besetzung im Ruhrgebiet erleichtern und dem Unternehmen wieder „friedlichen“ Charakter verleihen sollen, den es in seinem Anfang gehabt habe. Der Berichterstatter weist außerdem auf die Verpflichtung hin, die das Kabinett dem Parlament gegenüber hinsichtlich der Dienstzeit in Belgien übernommen habe.

Inland und Ausland.

Ausschluß des Reichspräsidenten Ebert aus seiner Gewerkschaft. Der Vorstand des Sattler-, Tapezier- und Portefeuille-Verein hat den Reichspräsidenten Ebert, wie früher schon einmal, aus der Organisation ausgeschlossen und zwar auf Grund einer Satzungsbestimmung, nach der der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen kann, wenn es sich handelt, welche den Interessen des Verbandes entgegenwirkt. Der "Vorwärts", der den Beschluß für richtig und kleinlich nennt, meint, es handle sich weniger um eine gewerkschaftliche als vielmehr um eine politisch Machthabe, die praktisch belanglos sei, um so mehr aber eine Kränkung darstelle.

Milliardenrechnung bei der Post. Die Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung sieht sich genötigt, ihren Zahlungs- und Rechnungsverkehr, soweit er sich noch in Papiermark abspielt, vom 1. 12. an auf die Milliardenmark-rechnung einzustellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postausträge und Zahlarten dürfen vom 1. Dezember an nur über volle Milliarden lauten. Bei der Angabe des Betrages in Ziffern ist dabei an Stelle der neun Nullen das Wort „Milliarden“ zu schreiben. Die Maßnahme wird mit dazu beitragen, eine schnellere Absicherung der Bevölkerung an den Posthaltern zu ermöglichen.

Neue Abschlüsse mit der Micum. Nach einer Meldung aus Koblenz sind auf Grund des allgemeinen Abkommens vom 24. November die Sonderabkommen zwischen der Micum und folgenden Firmen abgeschlossen worden: Thyssen, Gute-Hoffnung-Hütte, Mannesmann, Emser Hütte, Konstantin der Große, Harpener. Mit dem Braunkohlenkonsortium werden die Verhandlungen fortgesetzt. Über die Reparationszahlentlieferungen und die Bezahlung der Kohlensteuer ist bereits eine Einigung erzielt worden.

Die Zahlungen an die Beamten. Am 30. November werden an die Beamten als Abzugszahlung auf die noch endgültig festzuhaltenden Goldgehalte die 50millionenfachen Grundbezüge, die für vierzehn Tage fällig sind, ausbezahlt werden. Hierzu sollen 70 Prozent werbtätigständig zur Auszahlung kommen.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Botschafter Dr. Höesch stattete dem Vorsitzenden der Botschafterkonferenz, Jules Cambon, aus Anlaß des Leipzig-Kriegsfallen, in dessen Mittelpunkt ein belgischer Lieutenant und ein französischer Unteroffizier standen, einen Besuch ab. Der Geschäftsträger hat vor einigen Tagen in der gleichen Angelegenheit einen Schritt bei der französischen Regierung, der deutsche Geschäftsträger in Brüssel einen solchen bei der belgischen Regierung unternommen.

Die zehnständige Arbeitszeit auf der Thyssenhütte. Der "Kölner Volkszeitung" wird aus dem Ruhrgebiet gemeldet: Auf den Thyssen'schen Werken stellen sich der Wiederaufnahme der Arbeit, für welche der Thyssenkonzern die Wiedereinführung der vor dem Kriege üblichen Arbeitszeit zur Bedingung macht, Schwierigkeiten entgegen. Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt unter dem Druck der gegen die verlängerte Arbeitszeit gerichteten Agitation ständig ab. Auch auf der August-Thyssen-Hütte, wo der Betrieb in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden sollte, wird die zehnständige Arbeitszeit verlangt.

Ein politischer Prozeß in Warschau. Vor dem Warschauer Kriegsgericht hat die Verhandlung gegen den seinerzeitigen Führer der antikommunistischen Abteilungen in der Sowjetukraine Iwanow-Machno begonnen, der angeklagt ist, in Ostgalizien seinerzeit einen prohangenen Aufstand organisiert zu haben, um das Land von Polen loszureißen.

Aufdeckung einer gegenrevolutionären Verschwörung in Kiew. Nach einer Meldung der Russ. Telegr. Agentur wurde eine konterrevolutionäre Organisation in Kiew aufgedeckt. Die Mitglieder der Organisation, die sich "Kiewer Aktionszentrum" nennen und eine Brigadewelle des Pariser Spionage-Zentrums bilden, wurden verhaftet; ihre Tätigkeit bestand in beobachteter militärischer Spionage für das Russland.

h. a. die
die Tätig-
ten Mo-
5 o o j e
Mitglied-
End-

und Num-
and Run-
Ban a t
Soves
anerhalt-
regulieru-
renden
and der

Wie
in am
ihung
staatsbe-
reinen zu
beamten
ann da
unter je
lonaten
re Behö-
beamten

Die
jaar, na
jöhöfe bi-
führen, u-
sprochen.
minister
den gege-
posten
präsident

Dr.
Am Vor-
polizei
Stände
polizei v-
den Ge-
traßen G-
gebäudes
gefischt,
Zunne

Um
London
Gri

Aus den
in Grau
Offizielle
Bogenfis-
Ausziehe
Wenge a-
ohne Sc-
Der auf-
Frau fra-
Liebe, ob-
dens pre-
in Schlu-
gen Beut-
streichigt
die ihren
mit Glä-
bis zum
Bachend,
wolle et
teil und
Augen.
eines Ge-

Eis
Bahnhof
eine
Söhne, w-
oder Fra-
als woll-
mit der

„Ab-
fang, auf-
zug voll-
Wagenfes-
hohen Br-
Viertel rot-
ten Steine
mungslös-
Dort hin-
hörtlich
Männer,

Bur-
duld auf-
Rauch un-
Einfahrt
der mahn-
Händchen
mit Blum-
Schritten
den auch

1. a. für Polen. Die Untersuchung ergab Material über die Tätigkeit des Pariser Zentrums, in Gemeinschaft mit den Monarchisten neue Interventionen gegen Sovjetrußland einzuleiten. Der Prozeß gegen die Mitglieder des Kiewer Aktionszentrums steht bevor.

Endgültige Grenzregulierung zwischen Jugoslawien und Rumänien. Die Verhandlungen zwischen Jugoslawien und Rumänien über Grenzregulierung im Banat sind beendet. Sie durch den Friedensvertrag im Sores Rumänen zugesprochenen Ortschaften werden innerhalb Monatsfrist von den jugoslawischen Behörden veräumt. Die Übergabe der übrigen infolge der Grenzregulierung an den anderen Staat fallenden Ortschaften erfolgt nach der innerhalb vier Monaten durchzuführenden Ratifikation der Konvention. Im wesentlichen handelt es sich um die Abtretung Zombolj's an Rumänien und der Drie Modos und Vardany an Jugoslawien.

Rückbildung aller verheirateten Beamten.

Berlin, 29. November.
Wie eine Korrespondenz erfaßt, sind vom Reichsministerium den zuständigen Beamten für die Durchführung des Personal- und Beamtenabbaus in den Staatsbetrieben u. a. Richtlinien mitgeteilt worden, nach denen zunächst möglichst sämtliche verheiratete weiblichen Beamten gefündigt werden. Nach der Abbauverordnung kann das Dienstverhältnis verheirateter weiblicher Beamter jederzeit am ersten Werktag eines Monats zum Monatsende gefündigt werden, sofern nach dem Erneisen der Behörde die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten gesichert erscheint.

Luther legt die Geschäfte nieder.

Die Mitglieder des Kabinetts Stresemann sollen zwar, nach dem Wunsche des Reichspräsidenten, die Geschäfte bis zur Ernennung einer neuen Regierung weiterführen, und sie haben dieser auch, wie üblich, bisher entzrochen. Donnerstag vormittag aber hat Reichsfinanzminister Dr. Luther Herrn Ebert mitgeteilt, daß er unter den gegebenen Umständen nicht länger auf seinem Posten ausshalten könne, sondern ihn dem Reichspräsidenten zur Verfügung stelle.

Geburtstagsfeier von Rahrs.

Dr. v. Rahr hat am 29. d. M. seinen 61. Geburtstag. Am Vorabend brachte die Kapelle der Landespolizei ihm im Garten des Regierungsgebäudes ein Ständchen. General v. Löffelholz, der Oberst der Landespolizei v. Seisser und sein Offizierskorps gratulierten dem Generalstaatskommissar, und aus dem ganzen Landesstaat Glückwünsche ein. Die Umgebung des Regierungsgebäudes war während der Serenade mehr noch als sonst gesichert, doch ereignete sich kein bemerkenswerter Zwischenfall.

Tunneleinsturz auf der

Londoner Untergrundbahn.

Am Dienstag abend ereignete sich auf der ältesten Londoner Untergrundbahn ein eigenartiger Unfall. Ein

Teil des Daches der Bahn stürzte ein, und es entstand ein gewaltiger Erdrutsch. Obwohl auch ein Zug von den Erdmassen halb verschüttet wurde, erlitten Passagiere keine Verletzungen. Nach dem Einsturz brach eines der Hauptgasrohre. Dies führte zu einer Gasexplosion. Ein großer Teil des Straßenglasters wurde in die Luft geschleudert, und verbogene Gas-, Wasser- und Kanalisationsschläuche, Telefon- und Straßenbahntäfel bildeten ein unentwirrbares Gewühl. Die Flammen, die durch die Explosion verursacht wurden, setzten eine Eisenbahnbrücke in Brand, über die gerade ein Zug fuhr. Das Unglück hat nicht nur den Verkehr der Untergrundbahn und der Eisenbahn zum Stillstand gebracht, sondern auch einen Teil des Straßenviertels in Mitteidenschaft gezogen.

Zu aller Welt.

Auch Preußen gibt jetzt wertbeständiges Notgeld heraus. Der "Amtliche Preußische Pressedienst" teilt mit: Infolge der technischen Schwierigkeiten einer zentralen Belieferung aller Regierungsstäffeln in den preußischen Provinzen durch die Reichskasse haben sich bereits einige Provinzen, Kreise, Landbünde usw. in Preußen gezwungen gesehen, von sich aus zur Befriedigung des notwendigsten Bedarfs an Zahlungsmitteln eigenes wertbeständiges Notgeld auszugeben. Ebenso sieht sich jetzt auch der preußische Staat genötigt, zur Deckung der dringendsten staatlichen Ausgaben mit der sofortigen Herausgabe wertbeständigen staatlichen Notgeldes zu beginnen. Das Geld ist durch die Deposition von Goldbarleie voll gedeckt. Das preußische wertbeständige Notgeld wird in vier Abschritten ausgegeben: zu 0,42 Goldmark, zu 1,05, zu 2,10 und 4,20 Goldmark, entsprechend einem Zehntel-, einem Viertel-, einem halben und einem Dollar nordamerikanischer Währung. Die Färbung des Zehntel-Dollarscheins ist zitronengelb, des Viertel-Dollar braun, des halben Dollar hellblau und des 1-Dollarscheins grün. Die Scheine tragen sämtlich als farbigen Untergrund die vielfache Darstellung des neuen preußischen Staatswappens, des aufwärtsfliegenden Adlers. Schuh gegen Fälschung gewährt die eigenartige Beschriftung des Wasserzeichenpapiers. Mit der Ausgabe des Geldes ist bereits im Betrag von zunächst 25 Goldmillionen begonnen worden.

Die laufendste Belebung durch die Roggenrentenbank A.-G., Berlin. Wie wir erfahren, hat die Roggenrentenbank Aktiengesellschaft als ältestes der in letzter Zeit entstandenen Institute für wertbeständige Kreditgebung vor einiger Zeit ihren tausendsten Beleihungsantrag vollzogen können. Zusätzlich entfiel dieser tausendste Antrag auf einen Landwirt, von dem bereits mehrere Brüder Darlehnsnehmer der Roggenrentenbank sind, was darauf schließen läßt, daß sich dieses Institut bei den Darlehnsnehmern gut eingebürgert hat. Die Roggenrentenbank hat den tausendsten Darlehnsnehmer dadurch ausgezeichnet, daß sie seinen Beleihungsantrag kostenfrei behandelte. Daß auch diejenigen Kreise, die über flüssige Gelder verfügen und eine sichere, wertbeständige Anleihe suchen, in den Roggen-

rentenbankbriefen ein solches Papier erblicken, beweist die aus dem Kurszettel zu ersehende, ständige starke Nachfrage nach Roggenrentenbankbriefen, die neuerdings auch für landwirtschaftliche Versicherung, für Erdauseinanderziehungen und dergleichen mehr als Schutz gegen Gesamtverwertung immer mehr in Gebrauch kommen. Selbst große Industriefirmen, die zum Teil am Monatsersten über Geldflüssigkeit verfügen, gehen neuerdings dazu über, ihre Papiermarktbeträge kurzfristig in Roggenrentenbriefen anzulegen und damit vor Entwertung zu schützen.

Die Anleihe bei der Vogelscheue. Beamten der Strecke B I der Kriminalpolizei fiel am Schlesischen Bahnhof in Berlin ein Mann auf, dessen Kleidung fast nur aus Flecken bestand. Es ergab sich, daß man es mit einem früheren Kaufmann Fritz Lehr zu tun hatte, der aus der Strafanstalt in Gleiwitz vor 8 Tagen mit einem anderen Strafgefangenen entwichen war. Beide waren darauf bedacht, die Uniformkleidung mit anderer zu vertauschen. Weil sie nichts anderes fanden, so begnügten sie sich mit zwei Vogelscheuen, die sie auf dem Felde fanden. Deren Flecken legten sie an, machten aus ihrem Sträßlingskleidern neue Scheuchen und wanderten nach Berlin. Die Beamten nahmen den Ausbrecher fest, um ihn nach Gleiwitz zurückzuführen.

Einer, der sich zu Tode geprahlt hat. Bei Capodistria, in der Nähe von Triest, hat sich ein merkwürdiger tragischer Fall zugetragen. Vittorio Stacovaz, ein junger Mann aus Pola, verliebte sich in ein junges Mädchen und verlobte sich mit ihm. Um seiner Braut zu imponieren, erzählte er ihr unter dem strengsten Siegel der Ver schwiegenheit, er sei der in ganz Italien so sehr gefürchtete und seit langem gesuchte Bandit Collaria, der allen Nachforschungen der Polizei bisher stets zu entgehen wußte. Als echte Tochter konnte das Mädchen nicht schweigen, und bald wußten ihre Angehörigen das Geheimnis und melde es in ihrer Aufregung den Gendarmen. Als nun dieser Tage Stacovaz wieder zum Besuch seiner Braut kam, wurde das Haus vorsichtig umstellt, und als er gegen Abend heraustrat, wurde der harmlose Gross sprecher als der vermeintliche und gefürchtete Raubmörder nach kurzem Anrufe von den Augen der Kara binierin niedergestreckt.

Kommunisten-Auswanderung nach Rußland. Nach Meldungen aus Riga haben in den letzten Tagen eine große Anzahl deutscher Kommunisten bei der Sowjetregierung die Genehmigung für ihre Ansiedlung in Rußland nachgesucht. Die Sowjetregierung hat jetzt 600 000 Hektar Land im Südosten Rußlands, an der unteren Wolga und im Kaukasusgebiet für diese Ansiedler zur Verfügung gestellt, und das Departement für Arbeit und Landesverteidigung hat eine besondere Kommission ernannt, um zu prüfen, ob sich diese Ansiedlungskandidaten für die Sowjet-Bürgerschaft eignen.

Der Tabak und die Rothäute. Aus den Archiven der amerikanischen ethnologischen Bureaus wird soeben eine interessante Monographie der Winnebagos veröffentlicht, eines zwar wenig bekannten, aber ehemals sehr mächtigen Indianerstammes. Danach glaubten diese, daß der Tabak eine direkte Gabe Gottes an die Menschen sei. Wenn ein Indianer stirbt, stellt einer seiner Freunde neben ihm Tabak und eine Pfeife. „Hier hast du der

tausend, im blauen, einmal mußte auch ihr Vermögen in einer Schar fehllicher Urlauber sein.

Grausam und schrecklich war der Krieg! Wenigen schenkte er Freude und vielen Leid. Herdem Kummer gefielte er lange Freuden.

Der Geheimrat ging schneller, bis die Halle im Stil lag. Auf einem Steig draußen warteten Fahrräder mit totem Kreuz und weißer Linde am Arm. Quälender ward das Warten. Ein Hämmern in Herz und Kopf drohte Gerda's Leben zu sprengen, als leise und langsam ein Zug einrollte.

Der Geheimrat trat vor einen abspringenden Sanitätsoffizier und fragte, ob er wisse, in welchem Wagen ein Leutnant v. Dreiwitz liege. Der Stabsarzt hob die Hand zu ernstem Gruss. Seine Lippen öffneten sich schon zum Sprechen. Da sah er die junge Dame in Schwarz und zuckte müde die Achseln: „Ich weiß allerdings, Herr Generalarzt. Im zweiten Wagen.“

„Danke!“ Der Geheimrat sah Gerda's Ellbogen, führte sie den Zug entlang und half, dann beim Einstiegen. Wieder wütigte die furchtbare Angst an der Kehle, als sie durch einen schmalen Gang zwischen zwei Reihen von Betten elte. Nach links und rechts neigte sie den Kopf. Hier schlummerte, dort schöhnte in Verwundeter. Schnell sah sie in jedes Gesicht und lächelte weiter. Der Wunsch, den Röchelnden zu helfen, mußte schweigen. Endlich sah sie einen Kopf, den Hutbesitzer Mutter umhüllte. War das der Geliebte? In das Bett tretend, beugte sie sich herab. Der Verwundete öffnete milde blinzende Augenlider. Ein Fremder lag vor ihr. Doch ehe sie zusätzlichen konnte, haschte er nach ihrer Hand und lallte im Fieber: „Frieden, Frieden, wie leb und gut!“ Seine Rechte zog sie näher. Auch die Linke griff zu. Mit letzter Kraft schwindenden Lebens umklammerten glühende Finger die ihren. Sie konnte nicht entrinnen und sank zitternd auf den Bettrand. Der Liebernde jaulte. Heile Liebesworte senkten sich in ihr Ohr mit dem Dank eines im Sterben Beglücks für das Kommen seiner Freude, der Braut oder Frau, die sein Wahn ihm zeigte.

Im Bett nebenan konnte ihr Werner liegen. Doch des Freuden Hände gaben sie nicht frei. Schmerz, Angst verwirrte ihr Denken. Raum fühlte sie, wo sie war, aber spürte doch, daß sie einem sterbenden Streiter ein leichtes großes Glück und untagbare Freude schenkte. Ihr Wille schwand. Sie ließ ihm die Hände, auf die er Küsse und Dankesammeln hauchte, bis mit raschelndem Röcheln sein Leben floh.

Der Generalarzt machte der Weinenden Hände dem letzten Griff des Toten frei. Auf sitzenden

Anten hob sie sich vom Bett. Für den Augenblick war der Geliebte fast vergessen. Durch Schmerz und Pein quoll erste Freude vom Herzen auf. Die Angst war gewichen. Sie fühlte sich erschüttert und doch in klarer Stille und seiterlichem Ernst gegen Schreck und Gram gefest. Der Krieg war nicht nur grausam und furchtbar. Sie hatte seine heile Welte und Größe gefühlt, als sie dem Toten nur das kleine Opfer von Minuten brachte.

Sanft sah der Generalarzt ihre Hand und wies den Weg zu einem Bett an der hinteren Wand. Das Kissen trug einen Kopf in weißer Mullbinde, die das bleiche Gesicht ihres lieben Werner umrahmte. Eine Schwester stand neben ihm, frisch mit den Fingern über seine Stirn und sah in Gerda's Augen: „Herr v. Dreiwitz starb morgens, nachdem er im Fieber oft gerufen hatte: „Gerda, Gerda, gut sind wir uns doch. Ich weiß, daß du mich liebst wie ich dich!“

Ganz langsam sank Gerda in die Knie und ihr Kopf auf des Toten faltete Hand. Ihre Schultern aufstiegen in stillen Weinen, bis der Generalarzt sie aufnahm. Er rachte zu trösten, doch von den bebenden Lippen kam mit klarer Stimme ihre Frage: „Woher bringe ich ihn?“

Sie brachten ihn drei Tage später zum Invalidenkrankenhaus. Neben dem gesalenen General v. Dreiwitz sollte er sein Grab finden. Onkel Karl ging neben dem großen, für einen kleinen Leutnant gar glänzenden Trauergesteck zur Gruft voran. Die Heilungen hatten berichtet, ein Sohn des Helden von Brzezinje werde als letzter des alten Preußens namens Dreiwitz bestattet. Fünf Generäle, ein Minister, an hundert Offiziere und hohe Beamte waren gesammelt, einem Geschlecht von Dienern der Krone die letzte Ehre zu erweisen. Im weiten Halbkreis traten sie um das Fußende des offenen Grabs. Zu Händen stand der Geistliche auf dem schmalen Weg, der Werners Ruhestätte vom Grab des Generalleutnants v. Dreiwitz schied. Der Pfarrer hatte Onkel Karl geschrieben, er sei in Kreisau und habe im Feld bei der Division des gefallenen Generals gewesen und bitte um die Ehre, den Sohn der Erde zu geben. Im langschöpfigen, grauen Rock des Feldpredigers war er dann nach Brzebelsdorf gekommen, um mit Gerda die Trauerrede zu besprechen. So stand er auch jetzt. Mit einer Stimme, die wohl oft das Brüllen der Geschüre übertrönte, rief er laut gegen das fahle Weinen des regnerisch trüben Tages die Worte vom 19. Februar im 12. Kapitel des Evangeliums Matthäi: „Er wird nicht zahlen noch schreien, und man wird sein Gescheit nicht hören auf den Hassen.“

(Schluß folgt.)

Gelehrten für Geschichtsschreiben braucht Groß-Jahre.

Tabak. sagt er, „und hier hast du die Peise. Deinen mußt du aufzubewahren zu deiner langen Reise. Da ist auch Feuer und Nahrung, die deine Eltern dir zu deiner Reise gerecht gemacht haben.“ Der Geist des Verstorbenen wird daran erinnert, daß er auch anderen Geistern denen er begegnet, Tabak anbieten muß. Und wenn er zum Schöpfer der Erde gelangt, muß er ihm sein Peise abliefern. — Ein weiteres Charakteristikum dieses Volksstammes ist, daß die Schwiegermütter von ihm behandelt wurden wie heilige Wesen.

Eine Scheidungssäkere im hause Pleß. Nach 32jähriger Ehe haben, wie das „Prager Tagblatt“ zu berichten weiß, Hans Heinrich XV. Fürst von Pleß und seine Gemahlin geborene Lady Mary West aus dem hause der Earls Delaware beschlossen, sich scheiden zu lassen. Die Ehe des Fürsten von Pleß mit der schönen 18jährigen Lady West wurde im Jahre 1891 unter Überwindung großer Schwierigkeiten, die dem Prinzen von seinem hause entgegengestellt wurden, durchgeführt. Ihr sind drei Kinder entsprossen. Neuerdings hat sich der 62jährige Fürst zu einer Scheidung entschlossen, um die blutjunge Wiener Gräfin Dietrichstein zu heiraten, die Tochter des Fürsten Hugo Dietrichstein. Die 40 Jahre jüngere Gräfin lernte den Fürsten Pleß in St. Moritz kennen und hat seine Eheversprechen gern angenommen. Es sollen sich jedoch der offiziellen Ehescheidung des Fürsten außerordentliche Schwierigkeiten in den Weg gestellt haben. Die junge Gräfin Dietrichstein ist nämlich katholisch, und der Fürst ist Protestant. Man will wissen, daß Fürst Pleß sich der Hilfe des Papstes bedienen wolle.

Berliner Großhandelspreise.

Nichtpreise in Berlin im Nahrungsmittelgroßhandel und im Verkehr mit dem Einzelhandel, offiziell festgestellt durch den Landesverband Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels, E. V., Berlin. (Die Preise verstehen sich für 50 Kilogramm in Originalpackung ab Lager Berlin in Goldmark.) Getrengraupen 30—30,40, Getrengräuse 30—30,40, Haferflocken 31,90—32,35, Hafergrüne 31,90—32,35, Maisgrütze 21,65—21,75, Maispuder 27,25—27,45, Roggengrundmehl 0/1 24,75—25,50, Weizenmehl 30,50—31, Hartgrütze 32,80—33,70 proz., Weizenmehl 25,05—26,70 proz., Auszugmehl 26,15—27,40, Brotvorräte 51,45—53,30, kleine Erbsen 37—39, welche Bohnen 33,50—34,25, Langbohnen 36,50—37,50, kleine Binsen 31,30—36,85, mittlere Binsen 36,95—44,35, große Binsen 44,65—53,05, Kartoffelmehl 30—32,40, Kartoffaroni 60,50 bis 74,40, Schnittmühlen 57,65—62,90, Kaffee (unglasiert) 24,75—26,90, Tafelfleisch (glasiert) 30,60—32,13, grober Bruchteig 19,20—20,25, Reisgrütze (Reismehl) 18,30—19,20, amerikanische Ringäpfel 95,90—99,40, getrocknete Aprikosen 128,65—133,90, getrocknete Birnen 95,90—99,90, getrocknete Würste 85,70 bis 99,20, getrocknete Blaumen 47—49, Roritinen 74,50—77,50, Rosinen (1923) 60,50—63, Sultaninen (1923) 89—92,60, bittere Mandeln 80,65—84, süße Mandeln 123,75—134, Mandeln 202,50 bis 210,75, Rossia 118—123, Kämmel 156,10—162,60, Nüssen 242,50—252,50, schwarzer Pfeffer 111,25—116, weißer Pfeffer 136—141,60, Bimini 93—93,75, Kaffee (prim., rob.) 212—222, Kaffee (Superior) 195—207, Röstißeife 250—300, Matzafesse 45 bis 48, Rödigetreide 37—38, Erbsanzersetzung (20 % Kaffee) 93—98, Ratsapulver 180—200, Tee in Blätten 380—400, Inlandzucker (Raffinat) 50—51,55, raffinierter Inlandzucker 52,05 bis 54,55, Kunsthonig 64,25—67,50, Marmelade (Einsatz) 96,40—104,10, Marmelade (Bierfrucht) 74—82, Bratenschmalz 97—98,90, Butterfett 94,90—96,80, Margarine (Handelsmarke) 78—82, Margarine (Spezialmarke) 92—97, Molkereibutter 231,90 bis 236,52, Corned beef (v. Rinde) 42, Speck (gef., fett) 98,90 bis 99,90, Quadratfäße 95,35—100,10, Quirlfäße 127,70—134,05, Tüffler (vollfett) 173,80—182,45, Tüffler (halbfett) 132,20—188,80.

Berliner Freiverkehr vom Donnerstag.

Auch heute wurden die ausländischen Zahlungsmittel zu überänderten Kursen gleichgelegt, und zwar Dollar-Kurse mit 4,2 englische Pfundnoten mit 184 und holländische Gulden mit 1,6 Billionen Mark. Die Kursestellungen nicht nur der Hauptwährungen, sondern auch der übrigen ausländischen Zahlungsmittel bewegten sich auf durchschnittlicher Basis von nur 1 Prozent, wobei wiederum höhere Kurssteigerungen zum Teil von 50 000 Städten auf keine Beachtung kamen. Die Marknotierung aus dem Auslande, die gestern eine leichte Besserung aufzuweisen hatte, lautete heute für die Markpieler etwas ungünstiger; denn London melschte für ein englisches Pfund 34,5 Billionen nach 30,5 Billionen und Amsterdam 35 Billionen nach 31,5 Billionen. Der Bedarf auf dem Devisenmarkt hielt sich in den bisherigen Grenzen. Nachdem in der gestrigen Börse ein Kurs für Döllarschekanwälungen in Höhe von 44 Billionen Prozent zustandegekommen war, muhte heute wiederum von einer Notierung in diesem Wertpapier Abstand genommen werden. Goldmarksteuer verändert 4,2 Billionen Mark.

An der heutigen Börse stand wiederum, wie am letzten Donnerstag, die Feststellung der festverzinslichen Wertpapiere vorweg zu nehmen ist, daß einzelne Reichsanleihen recht feste Sanktionen zeigten, insbesondere die 5 prozent Reichsanleihe (Kriegsanleihe), die auf 45 Billionen Prozent anzulegen konnte. Schätzungen, die längere Zeit nicht notiert wurden, stellten sich auf drei Billionen, ein Kurs für R. Schäne 20 bis 24 kam wiederum nicht zustande. Sparprämienanleihe war — V. Die Gesamtindianer für den heutigen Effektenmarkt läßt sich wohl als wesentlich freundlicher ansprechen, da nämlich der Goldmarkt ein äußerst flüssiges Aussehen gewonnen hat. Es wurden Säcke von 8 Prozent herunter bis auf 4 Prozent und zeitweise sogar von 2 Prozent genannt.

Amtliche Devisennotierung.

Kurse in Millionen Mark:

	29. 11.	28. 11.		
Geld	Brief	Geld	Brief	
Amsterdam 1 Guldb.	1 500 000	1 604 000	1 595 000	1 604 000
Brüssel 1 Fr.	195 510	196 400	195 510	196 400
Kopenhagen 1 Kr.	750 120	758 880	748 125	751 875
Stockholm 1 Kr.	1 101 240	1 108 780	1 101 240	1 100 780
Christiania 1 Kr.	680 420	683 580	622 410	625 560
Helsingfors 1 Mt.	111 720	112 280	111 720	112 280
London 1 Pf.	18 354 000	18 446 000	18 354 000	18 446 000
Reichsb. 1 Doll.	4 180 510	4 210 500	4 189 500	4 210 500
Zürich 1 Kr.	734 160	737 840	734 160	737 840
Paris 1 Fr.	227 480	228 571	227 480	228 570
Rom 1 Lira	179 550	180 450	179 550	180 450
Vienna 1 Kr.	121 605	122 805	121 605	122 805
Wien 1000 Kr.	59 850	60 150	59 850	60 150
Barcelona 1000 Kr.	217 456	218 545	217 456	218 545
Madrid 1 Peso	542 840	545 860	542 840	545 860

Obereiben wurden am 28. November von der polnischen Kommission wie folgt notiert: Währungen: Gulden 21 880 M. G. 22 110 B.; Rettowitz 1333 Z. G. 1867 Z. B.; Mięta 16 872 M. G. 17 128 M. B.; Ruda 11 910 M. G. 12 600 M. B.; Rowno 415 800 M. G. 424 200 M. B.; Lettischer Rubel 16 087 G. 16 913 B.; Chinesische Mark 11 317 M. G. 11 890 M. B.

Wie stehen die Preise?

Dollar amlich (29. 11.)	4,2 Billionen
1 Goldmark	1 Billion
5 Goldpfennig	50 Milliarden
1 Rentner Roggen	9,25 Goldmark
Reichstagszahl 19. 11.	881 Milliarden
(Steigerung gegen Vorwoche 280,3 %)	
Großhandelsindex (13. 11.)	1413 Milliarden
(Steigerung gegen Vorwoche 432 %)	
Anzeigenkatalog	1,4 Milliarden

Goldumrechnungstafel für Steuer und Einzelhandel 1000 Milliarden.

Sächsisches.

Bad Schandau. Während der gewöhnliche Sterbliche das wertbeständige Geld kaum zu sehen, geschweige denn in seinen Besitz bekommt, konnte man dieser Tage in einem riesigen Hotel beobachten, daß ein Japaner mit einem 50-Mark-Rentenchein zahlte, während in einem anderen Halle ein Tschechoslowake sich im Besitz einer nach Tausenden Mark zählenden Summe von Dollar-Guthabenweisungen befand. — Ausländer genossen in Deutschland eine besondere Werthöhung. Waram sollten sie nicht auch in diesem Falle bevorzugt sein?

Sitten. Bei einer Disputation zwischen Fortbildungsschülern in Scheibe brachte ein Schüler seinem Mitschüler mit dem Taschenmesser an der Hölle einen tiefen Stich bei.

Planen I. V. Einen Beweis großzügiger Nachstellen habe Kaufmann Bruno Schuler erbracht, indem er sich erbot, zu Weihnachten 25 arme Kinder einzukleiden. Mit der Auswahl der Kinder ist das Wohlfahrtsamt betraut.

Planen I. V. Hier wurden in den letzten Tagen in einer einzigen Schule und an einem einzigen Tage acht Kinder vor Hunger ohnmächtig.

Nichtöffentl. Sitzung des Bezirksausschusses i zu Dippoldiswalde

In der der öffentlichen folgenden nichtöffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses am 28. November wurde zunächst von dem gegenwärtigen Stande der Angelegenheit wegen Löschung einer auf einem Georgenfelder Grundstück für den Bezirksserverband bestehenden Sicherungsbehörde Kenntnis genommen und dem Gefüche Albert Losch in Reichenberg um Handelslaubnis für Schnitt- und Wollwaren stattgegeben, während das Gefüch einer Bezirksgemeinde um Übernahme der ihr durch die Beherbergung mittelloser Reisender in der Ortszelle erwachsenden Verpflegskosten auf die Bezirkskasse aus gründlicher Erwagungen abgelehnt wurde. Der Bezirksausschuß erklärte sich hierauf hinlänglich einer für den Steuerausschuß im 7. Steuerbezirk des Finanzamtes Dippoldiswalde vorzunehmenden Ergänzungswahl mit den Vorstufen der Amtsbeamtenstabs einverstanden. Schließlich besuchte man noch mit Personalangelegenheiten des Bezirksverbandes.

Letzte Nachrichten.

Eberts Antwortbrief an Hergt. — Marxs Berufung.

Berlin, 30. November. Auf das Schreiben des Vorsitzenden der deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister Hergt, hat der Reichspräsident gestern abend mit folgendem Brief geantwortet: Sehr geehrte Exzellenz! In Erwideration Ihres Schreibens darf ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß die Verfassung die Berufung des Mannes, der das Reichskabinett bildet und leiten soll, mir überblickt. In Aussübung dieses mit verfassungsmäßigen Rechts habe ich bisher mit der Bildung einer Regierung stets eine Persönlichkeit betraut, deren politische Stellung die meisten Aussichten für eine schnelle Zusammensetzung eines arbeitsfähigen Kabinetts zu bieten schien. Diesen Weg bin ich auch in der gegenwärtigen Krise gegangen. Wenn ich auch davon abgefehlt habe, eine der beiden Oppositionsparteien mit der Bildung der Regierung zu trauen, so geschah das, weil ich durch meine vertraulichen Ausprachen mit den Führern der Reichstagsfraktionen am Abend des 23. d. M. zu der Überzeugung kommen mußte, daß für keine der beiden Oppositionsparteien die Möglichkeit der Bildung einer Regierung auf verfassungsmäßiger Grundlage vorhanden war. Außerdem hatte ich aus der Besprechung mit Euer Exzellenz am Freitag abend den Eindruck gewonnen, daß die Fraktion der deutschnationalen Volkspartei keinerlei enttäuschenden Wert auf die Führung bei der Regierungsbildung legte, vielmehr mit einer Kanzlerschaft eines Mitgliedes der deutschen Volkspartei oder des Zentrums einverstanden war. Im übrigen darf ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich mit Herrn Abgeordneten von Kordorff, d. r. mir von der Fraktionsleitung der deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten für die Regierungsbildung in Vorschlag gebracht worden war, übertein gekommen war, der Fraktion der deutschnationalen Volkspartei zwei wichtige Ressorts zur Besetzung durch Männer ihrer Fraktion anzubieten. Die Auffassung, daß jede Hinausjögerung der Kabinettbildung die Interessen des Reiches schwächt, teile ich durchaus. Nachdem mein Versuch, ein überparteiliches Kabinett, das von den bürgerlichen Parteien getragen werden soll, zu bilden, mißlungen war, habe ich alles getan, was in meiner Möglichkeit lag, um die im Reichstag geführten Verhandlungen der übrigen Parteien zu beschleunigen. Diese Verhandlungen sind, wie Sie wissen, gescheitert. Darausbin habe ich heute nachmittag den Reichstagsabgeordneten Senatorspräsidenten Dr. Marx mit der Bildung einer Regierung, die von den Mittelparteien getragen wird, beantragt. In ausgezeichneteter Hochachtung gej. Ebert, Reichspräsident.

Marx mit der Kabinettbildung beauftragt.

Berlin, 29. 11. Der Abgeordnete Marx heißt noch heute sein Kabinett, das sich auf die Mittelpartei des Reichstages stützt, dem Reichspräsidenten präsentieren zu können. Wie die Telegraphen-Union erläutert, heißt Marx mit wechselnden Mehrheiten regieren zu können. Er ist bereits eifrig beschäftigt, mit den in Aussicht genommenen Männern zu verhandeln. Dr. Stresemann soll bereit sein, den Posten des Außenministers zu übernehmen. Von alten Kabinetten werden Reichswirtschaftsminister Dr. Oehler, Arbeitsminister Dr. Brauns und der Minister für die belebten Gebiete Hirsch übernommen. Finanzminister Dr. Luther wird voraussichtlich keinen Ministerposten mehr annehmen, da gegen dürfte der Ernährungsminister Kanitz auch dem neuen Kabinett wieder angehören. Herr Marx verhandelt, ohne sich mit den Fraktionen in Verbindung zu setzen. Die „Vossische Zeitung“ schreibt über die Zusammenfassung des Kabinetts Marx noch ungefähr folgendes: Der Bissenzierpoten soll wieder geschafft werden. Dafür ist Dr. Jarres in Aussicht genommen. Als Minister des Innern ist der demokratische Abgeordnete Hamm, der frühere baptistische Handelsminister und im Kabinett Euno, Staatssekretär des Staatskanzlei, vorgesehen. Höfe soll das Postministerium behalten und Deier das Verkehrsministerium. Ob Geßler auch das Reichswehrministerium weiter behalten, ist sehr fraglich. Das Ernährungsministerium hat Marx dem deutschnationalen Abgeordneten Schiele als Fachminister angeboten. Die Zustimmung der Deutschnationalen steht aber noch aus. Das Justizministerium wird mit einem Volksparteier beklebt werden. Die künftigen Reichsminister für Finanzen und Wirtschaft sind noch nicht bekannt.

Kirchliche Nachrichten.

1. Advent — Sonntag den 2. Dezember 1923.

Ephorie. Einweihung von Pfarrer Richter in Buckersdorf durch Sup. Michael.

Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Sakristei. Pfarrer Moßen. 9 Uhr Predigtgottesdienst: derselbe.

Hennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Schönbach. 1/2 9 Uhr Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Johnsbach. 1/2 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Kipsdorf. 1/2 10 Uhr Predigtgottesdienst: P. Lic. Heinrich.

11 Uhr Kindergottesdienst in der Kärtneri Hohlsdorf: derselbe.

Kreischa. 8 Uhr Beichte und Heiliges Abendmahl.

9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst. 3 Uhr Taufgottesdienst.

Pöhsendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Nadler. Im Anschluß daran Beichte und Abendmahl: Pfarrer Vorwerk.

1/2 11 Uhr Kindergottesdienst: Pfarrer Vorwerk. 1/2 12 Uhr Abendmahlsgottesdienst in der Schule zu Rippnitz: Pfarrer Vorwerk.

<p